

Geschlossene Gesellschaft

Berufliche Mobilität und politisches Bewußtsein der Medienelite

Von Ursula Hoffmann-Lange / Klaus Schönbach

I.

Für weite Bereiche des politischen Lebens komplexer Industriegesellschaften sind Massenmedien die einzige Informationsquelle. Soziale Gefüge wie die Bundesrepublik Deutschland haben deshalb frühzeitig Normen entwickelt, die eine für das Gesamtsystem funktionale Aufbereitung und Weitergabe von Informationen sichern sollen. Zentraler Bestandteil dieser Normen ist die Forderung, Massenmedien müßten in ihrer Gesamtheit die Interessen aller Gruppen der Gesellschaft angemessen repräsentieren.¹ In den vergangenen zwanzig Jahren ist man dabei zunehmend davon abgegangen, die Einlösung dieses Anspruchs vom einzelnen Journalisten zu verlangen, von dem man realistischerweise nicht annehmen kann, er vertrete mehrere Meinungen bzw. Interessen gleichzeitig. Die Repräsentationsaufgabe der Massenmedien zielt vielmehr auf ein breites Interessenspektrum, das sich aus einem Mosaik von Einzelinteressen zusammensetzt. Dabei entstehen zwei Fragen: Einmal nämlich, *welche* Interessen zu berücksichtigen sind (also nach der Breite des Spektrums), und zum anderen, *welches Gewicht* die einzelnen Auffassungen erhalten sollen.

Im folgenden Aufsatz wollen wir untersuchen, inwieweit dieses Repräsentations-Modell in den Kommunikatoren westdeutscher Massenmedien verankert ist. Statt einer herkömmlichen repräsentativen Stichprobe betrachten wir dazu eine spezifische Personengruppe, nämlich die Angehörigen von Massenmedien, die aufgrund ihrer Berufsposition den größten Einfluß auf Entscheidungen in ihrer Organisation haben. Einen solchen Personenkreis nennt die Politikwissenschaft „Elite“². Wir stellen die politischen Überzeugungen und Einstellungen

¹ Vgl. R. Wildenmann, W. Kaltefleiter: Funktionen der Massenmedien. Frankfurt a. M. — Bonn 1965.

² Die Elitforschung geht dabei von einem gegenüber der Umgangssprache eingeschränkten Elitebegriff aus, bei dem die Ausübung von Macht bzw. Herrschaft ausschlaggebendes

der *Medienelite* denen anderer Eliten in der Bundesrepublik gegenüber — dem Führungspersonal der *Politik*, der *Verwaltung* und dem der beiden Interessengruppen *Wirtschaft* und *Gewerkschaften*. Dabei prüfen wir, inwieweit sich die Verantwortlichen aus Hörfunk und Fernsehen einerseits und Zeitungen und Zeitschriften andererseits voneinander abheben.

Keinesfalls kann man aus solchen Daten direkt auf die Gestaltung von Programmen und Artikeln schließen. Daß sich die politischen Vorstellungen der Medienelite linear, ohne Reibungsverluste in den Medienaussagen wiederfinden lassen, wird durch eine Reihe von Faktoren verhindert:

- 1) Die Medienelite produziert selbst nur einen geringen Teil der Beiträge ihrer Institutionen.
- 2) Sie unterliegt Zwängen, Machtverhältnissen innerhalb der Führungsgruppe, politischem Druck von außen und der Dynamik von Entscheidungsabläufen.
- 3) Diese Zwänge können auch den prinzipiell bedeutsamen Einfluß der Medienelite auf Personalentscheidungen einschränken — also auf die Auswahl derjenigen, die den überwiegenden Teil der Medieninhalte produzieren.

Nur Inhaltsanalysen und — in einem weiteren Schritt — auch Rezipientenuntersuchungen können die Frage beantworten, welche politischen Vorstellungen der Medienelite letzten Endes auch bis zum Empfänger der Medienaussage diffundieren. Wir beschränken uns deshalb in diesem Aufsatz auf die Beschreibung von Vorstellungen und Einstellungen des Führungspersonals in Funk und Presse. Dabei stellen wir die Medienelite in den Kontext der anderen Eliten und analysieren die Übereinstimmungen und Unterschiede ihrer Auffassungen. Darüber hinaus prüfen wir, inwieweit politische Grundüberzeugungen — wie z. B. die Parteipräferenz — die Wahrnehmung politischer Ziele und

Definitionskriterium ist. Während zuvor Analysen über die Funktion von Eliten sowie über die Elitenzirkulation im Vordergrund standen, geht die neuere Eliteforschung mehr auf die Rolle von Führungsgruppen in politischen Entscheidungsprozessen und das Verhältnis zwischen den Eliten verschiedener Funktionsbereiche ein. Der zentrale Aspekt dabei ist die Untersuchung der Handlungsspielräume der einzelnen Teileliten und der Elite insgesamt. Mehr und mehr Bedeutung erhält dabei der Handlungsspielraum speziell der *politischen* Elite. Vgl. T. B. Bottomore: *Elite und Gesellschaft*. Eine Übersicht über die Entwicklung des Elitenproblems. München 1969; E. K. Scheuch: *Soziologie der Macht*. In: H. K. Schneider, C. Watrin (Hrsg.): *Macht und ökonomisches Gesetz*. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/II. Berlin 1973, S. 989—1047; C. Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt a. M. 1973.

Machtstrukturen beeinflussen. Alle Informationen sollen die Frage beantworten, inwieweit die Medienelite die verschiedenen Vorstellungen der anderen Eliten repräsentiert und damit dem demokratiethoretischen Modell entspricht.

II.

Die in unserer Studie untersuchten politischen Vorstellungen der Führungskräfte aus Presse und Funk hat eine Eliteumfrage 1972 ermittelt.³ In dieser Erhebung wurden 1825 Inhaber von Führungspositionen in verschiedenen Funktionsbereichen nach dem Verlauf ihrer Karriere befragt, nach ihrer heutigen Position, ihren Informations- und Kommunikationsgewohnheiten, aber auch nach ihrer Einschätzung der politischen Situation und ihren eigenen politischen Präferenzen. Die Befragten wurden dabei nach dem sogenannten Positionsansatz ausgewählt — d. h., man hat zuerst Positionen in den verschiedenen Funktionsbereichen bestimmt, die einerseits aufgrund ihrer legalen Entscheidungsbefugnisse, andererseits nach den Ergebnissen früherer politikwissenschaftlicher Untersuchungen den stärksten Einfluß auf die wesentlichen Entscheidungen in der Bundesrepublik haben. „Wesentlich“ bedeutet dabei nicht, daß diese Entscheidungen notwendig selbst *politischer* Natur sein müssen, wohl aber daß sie immer Auswirkungen auf die politischen Vorgänge haben. Im nächsten Schritt wurden die derzeitigen Positionsinhaber ermittelt und um ihre Mitarbeit bei der Untersuchung gebeten. Insgesamt 60 % der ausgewählten Personen hat Infratest — das mit der Befragung betraute Meinungsforschungsinstitut — befragen können, was angesichts der knapp bemessenen Zeit in diesem Personenkreis eine beachtliche Ausschöpfungsquote bedeutet.

Folgende Funktionsbereiche wurden in der Studie unterschieden:

Funktionsbereich Politik — 353 Politiker, davon 123 SPD, 124 CDU, 48 CSU und 57 F.D.P.⁴

³ Die Studie wurde von einer Forschungsgruppe unter Leitung von Werner Kaltefleiter und Rudolf Wildenmann durchgeführt. Ein Überblick über ihre Ergebnisse findet sich in: U. Lange-Hoffmann, H. Neumann, H. Palme, B. Steinkemper: Westdeutsche Führungsschicht. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Inhaber von Führungspositionen. Hrsg. v. W. Kaltefleiter, R. Wildenmann. Als Manuskript, vervielf. Tabellenband 1973; U. Hoffmann-Lange: Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht. Phil. Diss. Mannheim 1976.

⁴ Die Proportionen zwischen den Parteien sind offensichtlich zugunsten der CDU/CSU und der F.D.P. verzerrt, wenn man die Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Landtagen 1972 betrachtet. Dabei müssen wir jedoch berücksichtigen, daß eine exakte prozen-

Funktionsbereich Verwaltung — 549 Befragte aus der Ministerialbürokratie des Bundes und der Länder sowie Oberbürgermeister von Großstädten.

Funktionsbereich Wirtschaft — 392 Befragte aus Großunternehmen, Großbanken und den wichtigsten Wirtschaftsverbänden.

Funktionsbereich Gewerkschaften — 62 Befragte aus dem DGB und anderen Arbeitnehmervereinigungen.

Funktionsbereich Massenmedien — 264 Befragte, davon 164 aus der Presse und 100 aus dem Rundfunk, also aus Hörfunk und Fernsehen. Von diesen Personen stammen 27 aus dem Hörfunk, 22 aus dem ZDF und 43 aus den ARD-Fernsehanstalten. Acht Verwaltungsdirektoren des Rundfunks waren völlig anonym — also auch ohne Angabe der Anstalt — befragt worden. Zu den Führungskräften aus der Presse gehören 35 Personen aus Wochenzeitungen und Zeitschriften, 18 aus überregionalen Abonnementzeitungen, 16 aus Kaufzeitungen und schließlich 95 aus regionalen Abonnementzeitungen mit einer gedruckten Auflage von mindestens 100000 Exemplaren.⁵

Einige Daten zu Geschlecht, Alter, Ausbildung und beruflichem Werdegang der Befragten:

Geschlecht: In den Eliten der Bundesrepublik spielen Frauen so gut wie keine Rolle; Presse und Funk machen dabei keine Ausnahme.

Alter: Die Führungsgruppen in Massenmedien und Politik sind jünger als die übrigen in unsere Untersuchung eingeschlossenen Eliten. Das durchschnittliche Alter der Befragten aus der Presse liegt bei 47, das der Verantwortlichen aus dem Funk bei 50 Jahren. Der Anteil der unter 40-jährigen ist dabei besonders hoch: 18 % der Führungskräfte aus den Massenmedien sind noch nicht 40 Jahre alt — in den anderen Funktionsbereichen nur 2 bis 5 %.

Ausbildung: In ihrer Schulbildung unterscheidet sich die Medienelite kaum von den übrigen Führungsgruppen. Überall — mit Ausnahme

tuale Repräsentation in einer Elitestudie nicht angestrebt werden kann und letztlich auch nicht entscheidend ist. Die Zahlenverhältnisse in einer solchen Untersuchung hängen vielmehr in erster Linie von der Verteilung der Führungspositionen in Legislative, Exekutive und Parteiorganisationen und dem Ausmaß der Ämterkumulation in diesen Bereichen ab.⁵ Die befragte Führungselite aus dem Rundfunk setzt sich aus 51 Abteilungs- und Studioleitern, 41 Intendanten, Programmdirektoren, Chefredakteuren, stellvertretenden Chefredakteuren und Ressortleitern und den genannten 8 Verwaltungsdirektoren zusammen. Die Führungselite aus der Presse besteht aus 34 Herausgebern, Verlagsleitern und Geschäftsführern, 73 Chefredakteuren, stellvertretenden Chefredakteuren, Vorsitzenden von Redaktionskonferenzen, Mitgliedern der Redaktionsleitung und geschäftsführenden Redakteuren und 57 Ressortleitern der Ressorts Politik und Wirtschaft.

der Gewerkschaftsfunktionäre⁶ — umfaßt der Anteil der Abiturienten drei Viertel der Befragten und mehr.

Daß Journalisten besonders häufig ihr Studium abbrechen, ist inzwischen eine Binsenweisheit.⁷ Diesen Unterschied zu anderen Berufstätigen mit Hochschulreife finden wir auch in ihrer Elite: Fast die Hälfte (45 bzw. 47 %) der Führungspersonen mit Abitur in Presse und Funk hat kein abgeschlossenes Studium. In den anderen Funktionsbereichen liegt dieser Anteil bei höchstens einem Zehntel aller Abiturienten.

Auch die Studienfächer differenzieren die Medienelite von anderen Führungsgruppen in der Bundesrepublik: Von allen Befragten aus Presse und Funk mit Hochschulreife haben 45 bzw. 42 % in der philosophischen Fakultät studiert — Fächer, die für die übrige befragte Elite so gut wie keine Rolle spielen.⁸

Beruflicher Werdegang: Keine andere Teilelite scheint so immobil im Wechsel ihrer Tätigkeitsfelder zu sein wie die Führungspersonen aus den Massenmedien. Während nur etwa ein Drittel der Verwaltungsfachleute ihre Karriere im Funktionsbereich Verwaltung begonnen haben, sind es in Presse und Funk mehr als doppelt so viele, deren erste berufliche Position genau wie ihre derzeitige im Bereich der Massenmedien lag: 74 bzw. 72 %. Zwischen Verwaltung und Medien finden wir noch die Führungskräfte der Wirtschaft mit einem Anteil von insgesamt 59 %, der sozusagen „von der Pike auf“ in Wirtschaftsunternehmen tätig war. Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre geben nur zu je 15 % ihr jetziges Tätigkeitsfeld auch als Startplatz an. Entsprechend hoch ist mit 62 % bei der Presse und 49 % beim Funk der Anteil derjenigen, die noch niemals in einem anderen Bereich gearbeitet haben als in den Massenmedien. „Seiteneinstieg“ kommt bei der Führungsgruppe der Journalisten, zu deren Image ja besonders ausgeprägte Mobilität und Flexibilität gehören, also relativ selten vor — seltener jedenfalls als in den meisten anderen Teileliten in der Bundesrepublik, die wir untersucht haben (Tabelle 1).

⁶ Die relativ wenigen Gewerkschaftsführer mit Hochschulreife sind sicher erklärbar durch die Rekrutierungsmechanismen für Führungskräfte, die die Gewerkschaften stark von anderen Bereichen des öffentlichen Lebens unterscheiden.

⁷ Vgl. z. B. Institut für Demoskopie Allensbach: Innere Pressefreiheit 1973. Umfrage unter Redakteuren und Verlegern. Tabellenband 1. Allensbach 1973, Tabellen 8, 9; M. M. Müller-Sorge: Journalismus — Offenheit und Konformität. Die politische Tagespresse in der Bundesrepublik. Bern, Frankfurt a. M. 1975, S. 52—58.

⁸ Nur Gewerkschaftsführer geben zu einem Drittel (33 %) diese Studienrichtung an — aufgrund der verschwindend kleinen Zahl von Akademikern in dieser Führungsgruppe kein aussagekräftiges Ergebnis.

Tabelle 1: Demographische Merkmale von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland

	Gewerk- schaften %	Rund- funk %	Presse %	Politik %	Verwal- tung %	Wirt- schaft %
Geschlecht (Anteil der Männer)	95	99	99	94	100	100
Durchschnittsalter (in Jahren)	52	50	47	49	54	54
Anteil der Abiturienten	29	91	85	73	94	87
Studium in der philo- sophischen Fakultät (Basis: Abiturienten)	33	42	45	14	5	3
Studium in der juristischen Fakultät (Basis: Abiturienten)	22	11	12	44	73	38
Studium in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät (Basis: Abiturienten)	22	14	22	18	11	28
Studium von naturwissen- schaftlich-technischen Fächern (einschließlich Medizin) (Basis: Abiturienten)	11	11	4	8	9	18
Kein Studienabschluß (Basis: Abiturienten)	1	47	45	11	2	6
Start der Karriere im gleichen Funktionsbereich wie zum Zeitpunkt der Befragung	15	72	74	15	35	59
Bisher nur in <i>einem</i> Funktionsbereich tätig gewesen	5	49	62	7	30	52

Dieser Befund ändert sich auch dann nicht, wenn wir die Wechselhäufigkeit nach Altersklassen differenzieren: Man könnte ja vermuten, daß die Medienelite aufgrund ihrer relativen „Jugend“ weniger Gelegenheit zum Wechsel des Tätigkeitsfeldes hatte als die im Durchschnitt älteren Mitglieder anderer Führungsgruppen. Diese Vermutung ist nicht richtig. Wenn wir den Faktor „Alter“ konstant halten, indem wir z. B. nur den Anteil der unter 50jährigen ermitteln, die noch niemals ihren

Funktionsbereich gewechselt haben, dann ergibt sich: Nur 7% der Politiker unter 50 Jahren und 10% der Gewerkschaftsführer haben noch in keinem anderen Bereich gearbeitet. Bei den Befragten aus der Verwaltung sind es schon 22%, in der Wirtschaft schließlich 49%. In der Presse aber gibt es die meisten immobilen Führungskräfte in dieser Altersgruppe: 65% der unter 50jährigen dort sind immer in den Massenmedien tätig gewesen. Der Anteil der Befragten ohne Wechsel aus dem Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) ist deutlich geringer — er liegt bei 48%. Wir können ihn dort wohl aus der relativ großen Zahl von Führungspersonen erklären, die z. B. aus Regierung und Verwaltung gekommen sind. Insgesamt aber ist die Immobilität der Medienelite erstaunlich hoch.⁹

Der Vergleich zwischen den Berufslaufbahnen der Eliten wirft zwei Fragen auf:

- 1) Woher rührt diese Immobilität der Medienelite?
- 2) Wird eine Führungsschicht, die außer ihrem heutigen Betätigungsfeld kaum andere Positionen kennengelernt hat, nicht betriebsblind? Betriebsblindheit könnte die in den letzten Jahren so oft nachgewiesene erstaunliche Homogenität journalistischer Wertvorstellungen verstärken. Wir werden weiter unten dieser Frage nach der Homogenität der journalistischen Elite noch genauer nachgehen.

III.

Als einer der wichtigsten Indikatoren für den gesamten Bereich politischer Überzeugungen gilt die *Parteipräferenz*. Mit ihr wollen wir unsere Analyse der Medienelite und ihrer Einstellungen beginnen. Um ihre Parteipräferenz festzustellen, wurden die Befragten aufgefordert, die sechs größten Parteien der BRD nach der Sympathie für sie zu ordnen. Tabelle 2 zeigt, wie oft dabei SPD, CDU/CSU und F.D.P. in den einzelnen Teileliten auf den ersten Platz gesetzt wurden, und gibt Vergleichsdaten aus den Bundestags-Wahlergebnissen von 1969 und 1972. Deutlich sind die beiden Eckpunkte der Parteisympathie bei Wirtschaft und Gewerkschaften auszumachen: Fast im gleichen Maße, wie die befragten Gewerkschaftsfunktionäre die SPD bevorzugen, stimmen die

⁹ Sicher ist die hohe Mobilität anderer Eliten zumindest teilweise strukturell, z. B. durch die Ausbildung, bedingt.

Wirtschaftsführer für CDU bzw. CSU. Zwischen diesen beiden Teileliten finden sich mit ähnlicher Prozentverteilung Politiker und Verwaltung — ebenfalls mit einem deutlichen Vorsprung für CDU und CSU. Insgesamt aber liegt in diesen beiden Gruppen die Koalition aus SPD und F.D.P. vorne (vgl. dazu auch die Bundestagswahlergebnisse von 1969 und 1972). Die Medienelite nimmt eine noch deutlicher koalitionsfreundliche Haltung ein — in der Presse allerdings nicht ganz so ausgeprägt wie in den Funkmedien, außerdem etwas mehr zugunsten der F.D.P. verschoben (Tabelle 2).

Tabelle 2: Parteipräferenz in den untersuchten Eliten

Frage: „Ich habe hier ein Kartenspiel, das die Namen von gegenwärtig in der Bundesrepublik existierenden Parteien enthält. Würden Sie diese Karten bitte in eine Reihenfolge bringen, so daß an erster Stelle die Partei steht, mit der Sie noch am ehesten übereinstimmen, und an letzter Stelle die Partei, die Sie am entschiedensten ablehnen?“

	An erster Stelle genannte Partei				n
	SPD	F.D.P.	CDU/ CSU	Summe ¹¹	
	%	%	%		
Gewerkschaften	74	3	21	98	62
Rundfunk	56	8	34	98	100
Presse	38	18	42	98	164
Politik ¹⁰	34	16	47	97	353
Verwaltung	35	13	44	92	549
Wirtschaft	11	14	70	95	392
Bevölkerung:					
Bundestagswahl					
1969	43	5	47	95	
Bundestagswahl					
1972	46	8	45	99	

¹⁰ Die Politiker wurden nur der Vollständigkeit halber in die Tabelle aufgenommen. Als Vergleichsgruppe eignen sie sich aus zwei Gründen nicht: Erstens sind ihre Positionen über Parteizugehörigkeit definiert und deshalb die von ihnen geäußerten Parteisympathien wenig aufschlußreich. Zweitens spiegeln sich in ihnen aus den oben genannten Gründen (vgl. Fußnote 4) nicht die tatsächlichen Proportionen zwischen den Parteien in Exekutiv- bzw. Legislativpositionen wider.

¹¹ Weil sich einige Befragte nicht dazu entschließen konnten, nur *eine* Partei an die Spitze ihrer Sympathieskala zu setzen und deshalb weggelassen wurden, addieren die angegebenen Prozentsätze nicht auf 100 %.

Da die Ausgewogenheitsverpflichtung des Rundfunks in der öffentlichen Diskussion häufig auch auf das Parteienspektrum in unserem Land bezogen wird, wollen wir die Parteipräferenz der Führungskräfte des Fernsehens — das dem Verdacht, parteipolitisch einseitig zu sein, besonders stark ausgesetzt ist — näher betrachten. Dem ausgeprägten Übergewicht von SPD-Sympathisanten in der ARD-Elite steht ein ebenso starkes von CDU/CSU-Anhängern bei den ZDF-Führungskräften gegenüber. Da die Stichprobe nahezu doppelt so viele Befragte aus der ARD umfaßt, schlägt ihre SPD-Präferenz für die Funkmedien insgesamt stärker zu Buche.¹² Dennoch: Ist dieses Ergebnis ein Beleg für den Vorwurf der CDU/CSU, die ARD begünstige in unzulässiger Weise die Koalition?¹³ Mit gleichem Recht allerdings könnte die SPD dem ZDF gegenüber entsprechende Kritik äußern (Tabelle 3).

Tabelle 3: Die Parteipräferenzen der Führungskräfte in ARD-Fernsehen und ZDF (Frageformulierung wie in Tabelle 2)

Fernsehanstalt	Parteipräferenz				n
	SPD	F.D.P.	CDU/ CSU	Sum- me ¹⁴	
	%	%	%	%	
ARD	56	9	33	98	43
ZDF	36	5	59	100	22

Mit dieser Tabelle sind auf keinen Fall Affinitäten des *ARD-Programms* zur SPD und des *ZDF-Programms* zur CDU/CSU zu belegen. Sie soll vielmehr der Ausgangspunkt für die Frage sein, ob es einen Zusammenhang zwischen einer Grundeinstellung der Führungskräfte in den Me-

¹² Der „Positionsansatz“ bei der Stichprobenbildung (s. o.) führt dazu, daß die ARD stärker als das ZDF vertreten ist, weil sie aufgrund ihrer dezentralisierten Organisation mehr Führungspositionen zu vergeben hat.

¹³ Ein Beispiel für das Mißtrauen, dessen Berechtigung die CDU/CSU aus der Verteilung der Parteipräferenzen ableiten zu können glaubt, ist die folgende Äußerung des Generalsekretärs der CDU, Heiner Geißler, zitiert nach Frankfurter Rundschau, 14. Oktober 1977, S. 4: „Geißler zeigte sich wenig beeindruckt von dem überwiegend negativen Echo auf die Zitatensammlung [der Bonner CDU-Zentrale zum Thema Terrorismus und seine „Sympathisanten“] ... Daß die ‚gesamte Linke‘ in der Bundesrepublik ‚aufheule‘, sei zu erwarten gewesen ... Das negative Echo sei auch deshalb nicht verwunderlich, weil mehr als 70% der Journalisten in der Bundesrepublik die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien unterstützen.“

¹⁴ Siehe Fußnote 11.

dien — wie ihrer Parteipräferenz — und ihrer Einschätzung gesellschaftlicher Interessen und politischer Ziele gibt.

Eine erste Information über diesen Zusammenhang erhalten wir durch eine nähere Analyse der Einschätzung der Parteien. Es zeigt sich, daß sich die Führungskräfte aus den Medien nicht so stark mit ihrer Partei identifizieren wie etwa Gewerkschaftler oder Politiker. Auf die Frage, wie nahe sie der Partei stehen, die sie als am sympathischsten genannt haben, erklärt sich vor allem die Medienelite — zusammen mit den Wirtschaftsführern — am wenigsten mit der jeweiligen Partei ihrer Wahl einverstanden. Außerdem gilt (läßt man die Politiker außer Betracht, die alle naturgemäß eine enge Bindung an ihre Partei aufweisen): SPD-Anhänger identifizieren sich stärker als CDU-Anhänger und, mit Ausnahme der Funkelite, auch als die Anhänger der F.D.P. mit ihrer Partei.

Über die Ursachen für diese unterschiedliche Identifikationsstärke können wir nur spekulieren. Möglicherweise lassen sich die Unterschiede damit erklären, daß die SPD schon immer mehr eine Mitgliederpartei, CDU und F.D.P. dagegen historisch eher Wählerparteien waren, auch wenn sich das in den letzten Jahren geändert hat. Diese Vermutung läßt sich mit dem Organisationsgrad der einzelnen Parteien stützen: Der Anteil der Mitglieder unter den Anhängern einer Partei beträgt innerhalb der gesamten Elite (ohne Politiker) für die SPD 61 %, für die CDU 36 % und für die F.D.P. 26 %. Mitgliederparteien jedoch binden ihre Anhänger auch emotional mehr als Wählerparteien, denen die Wähler in der Regel die Stimme mehr aus Zweckmäßigkeitserwägungen heraus geben.¹⁵

Tabelle 4 zeigt, daß die Intensität der Parteiidentifikation nicht nur mit der Partei, sondern offensichtlich auch mit dem Funktionsbereich zusammenhängt. Es ergibt sich eine klare Rangordnung Politik—Gewerkschaften—Verwaltung—Rundfunk—Presse—Wirtschaft, in der die Identifikation mit der bevorzugten Partei abnimmt. Diese Unterschiede zwischen den Funktionsbereichen sind teilweise mit dem Umfang zu erklären, in dem Elitepositionen entsprechend der Parteimitgliedschaft bzw. -loyalität vergeben werden. Dies läßt sich am Prozentsatz der Parteimitglieder in den einzelnen Teileliten gut ablesen. Abgesehen vom Funktionsbereich Politik ist er besonders hoch in der Gewerkschaft, die

¹⁵ Vgl. u. a. S. Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart ²1970, S. 106, und Th. Ellwein: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen ³1973, S. 184.

traditionell eng mit der SPD verbunden ist. Um 50 % liegt der Anteil der Parteimitglieder in Verwaltung und Rundfunk, in denen die Vergabe von Positionen nach parteipolitischen Gesichtspunkten seit Bestehen der Bundesrepublik zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Wenige Parteimitglieder finden wir dagegen in Presse und Wirtschaft (Tabelle 4).

Tabelle 4: Intensität der Parteineigung

Frage: „Sie haben an erster Stelle die (Name der Partei) genannt. Wie nahe stehen Sie dieser Partei?“
(Skala: 1 = überzeugter Anhänger, 6 = schwache Sympathie)

	An erster Stelle genannte Partei (Mittelwert)				Anteil der Partei- mit- glieder %
	SPD	F.D.P.	CDU ¹⁶	Alle Parteien	
Gewerkschaft	1,7	(3,0)*	2,4	1,9	90
Rundfunk	2,8	2,4	3,3	2,9	50
Presse	2,9	3,7	3,5	3,3	23
Politik	1,3	1,2	1,4	1,3	99
Verwaltung	2,3	2,9	2,8	2,6	54
Wirtschaft	3,0	3,5	3,3	3,3	25

* nur 2 Befragte

Offensichtlich ebnen sich also die in der Rangfolge der Parteien auftretenden starken Präferenzunterschiede wieder ein, wenn es um die Intensität dieser Präferenz geht: Die Befragten aus Hörfunk und Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften sind keine distanzlosen Anhänger ihrer Parteien. Damit liegt uns ein erster Befund über die politische Position der Medienelite vor: Die untersuchten Führungskräfte äußern klare Präferenzen für Parteien, ohne aber ihren Abstand dazu zu verlieren. Die relativ große Distanz der Medienelite zur bevorzugten Partei ist möglicherweise ein Indikator für ihr Rollenverständnis als kritischer Beobachter des politischen Geschehens.

¹⁶ Der Einfachheit halber haben wir in diese Tabelle nur die CDU aufgenommen. Die CSU wird in der gesamten befragten Medienelite (264 Personen) nur siebenmal als bevorzugte Partei genannt, ist also so gut wie bedeutungslos.

IV.

Im folgenden Abschnitt wollen wir zeigen, welche Ansichten die Medienelite in der Bundesrepublik zu *grundlegenden Fragen unserer Gesellschaftsordnung*, wie Demokratisierung, Pluralismus, Konfliktlösungsstrategien im politischen Bereich, Stabilität politischer Strukturen usw., vertritt. Zehn Aussagen zu solchen Sachverhalten, die wir im weiteren „Grundwerte“ nennen wollen, wurden den Befragten vorgelegt — mit der Bitte, auf einer Sechs-Punkte-Skala ihre Zustimmung dazu auszudrücken.

Betrachten wir zunächst die Aussagen, die die geringsten Differenzen zwischen den Teileliten hervorriefen. Alle Eliten in der Bundesrepublik waren sich 1972 darin einig, daß die Bevölkerung Einfluß auf Zusammensetzung und Programm der Regierung haben sollte. Einhellige Bereitschaft, Konflikte rational zu regeln, drückt die durchweg positive Beurteilung des Satzes aus, daß man immer nach einem Kompromiß suchen sollte. Dagegen werden die Aussagen, eine stabile, handlungsfähige Regierung sei wichtiger als eine wirksame öffentliche Kontrolle bzw. als die Chance des Regierungswechsels, eher neutral bis negativ beurteilt. Tabelle 5 zeigt die mittleren Bewertungen der untersuchten Teileliten für die vier Aussagen, bei denen die größte Differenz zwischen zwei Teileliten nicht mehr als einen Skalenpunkt beträgt. Sie ist nach zunehmender Distanz zwischen den beiden am weitesten auseinanderliegenden Teileliten geordnet. Das Führungspersonal aus dem Funk und aus der Presse wird nicht getrennt aufgeführt, weil beide Gruppen einander so ähnlich sind, daß sich eine Aufschlüsselung nicht lohnt: Für keine einzige Grundwertformulierung unterschieden sich die Einstufungen in Funk und Presse um mehr als 0,3 Skalenpunkte (Tabelle 5). Bei den folgenden sechs Grundwerten treffen wir auf durchaus unterschiedliche Positionen in den Teileliten. Dabei ist bis auf eine Ausnahme die Differenz zwischen *den* beiden Gruppen am größten, die auch von ihrem Selbstverständnis her in erster Linie Partikularinteressen vertreten — Wirtschaft und Gewerkschaften. Grenzen für die Meinungsfreiheit, die Unnötigkeit offener Konfliktaustragung, die Unmöglichkeit umfassender Demokratisierung und Skepsis gegenüber dem Wirken von Interessengruppen betonen hauptsächlich die Vertreter der Wirtschaftselite. Umgekehrt werden Meinungsfreiheit und das pluralistische Spiel der Kräfte von den Gewerkschaftlern und der Medienelite eher befürwortet. Die stärksten Kontroversen ruft jedoch die Frage der innerbe-

*Tabelle 5: Politische Grundwerte mit ähnlicher Beurteilung
(Geordnet nach der größten Distanz zweier Teileliten)*

Frage: „Wir haben hier eine Reihe von Ansichten, die häufig geäußert werden. Sagen Sie bitte für jede Aussage anhand dieser Skala, inwieweit Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen.“
(Skala: 1 = völlige Zustimmung, 6 = völlige Ablehnung)

Politische Grundwerte	Gewerk- schaften	Massen- medien	Politiker	Verwal- tung	Wirt- schaft
„In der Demokratie muß die Bevölkerung durch die Abstimmung in allgemeinen Wahlen einen möglichst großen Einfluß auf die personelle Zusammensetzung und das Programm der Regierung haben“	1,9	2,1	2,1	2,1	2,0
„Auch wer in einer Auseinandersetzung recht hat, sollte einen Kompromiß suchen“	2,8	2,3	2,6	2,3	2,3
„In der Bundesrepublik kommt es weniger auf eine wirksame öffentliche Kontrolle der Regierung an als vielmehr darauf, daß es überhaupt eine starke, zielbewußte und handlungsfähige Regierung gibt“	4,6	4,4	4,4	4,2	3,7
„Stabilität und Kontinuität der politischen Führung sind für die Bundesrepublik wichtiger als eine möglichst hohe Chance der Ablösung einer Regierungspartei durch die Opposition“	4,1	3,9	3,8	3,4	3,1

trieblichen Demokratie hervor. Hier sind Wirtschaft und Gewerkschaften Partei und unterscheiden sich deshalb scharf voneinander. Tabelle 6, wieder nach zunehmender Distanz geordnet, zeigt die Unterschiede zwischen den Teileliten für die sechs Grundwerte mit divergierender Beurteilung (Tabelle 6).

Die Urteile der Medienelite liegen zwischen den Hauptkontrahenten Wirtschaft und Gewerkschaften und damit zwischen den Extremstandpunkten in der Stichprobe. Allerdings liegen sie nicht genau in der Mitte, sondern recht deutlich näher an den Arbeitnehmervertretern. Die mittleren Differenzen zwischen den Beurteilungen der fünf Teileliten (Presse und Funk sind zusammengenommen) illustrieren diesen Befund.

Tabelle 6: Politische Grundwerte mit divergierender Beurteilung (geordnet nach der größten Distanz zweier Teileliten)
 Frageformulierung: s. Tabelle 5
 (Skala: 1 = völlige Zustimmung, 6 = völlige Ablehnung)

Politische Grundwerte	Gewerk- schaften	Massen- medien	Politiker	Verwal- tung	Wirt- schaft
„Meinungs- und Diskussionsfreiheit müssen dort ihre Grenzen haben, wo elementare moralische Überzeugungen und sittliche Grundwerte berührt werden“	3,9	4,0	3,5	3,3	2,9
„Um sozial gerechte Lösungen zu finden, ist es nicht notwendig, Konflikte offen auszutragen“	4,3	4,1	3,8	3,8	3,1
„Es kann keine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft geben, weil es eine ganze Reihe nicht-politischer Bereiche gibt, in denen andere Entscheidungskriterien gelten“	3,9	2,9	3,0	2,8	2,6
„Das Gemeinwohl in der Bundesrepublik und die Interessen des Volkes werden grundsätzlich durch die ständigen Forderungen und Auseinandersetzungen der Interessengruppen gefährdet“	5,0	4,0	3,8	3,6	3,5
„Demokratie ist auf die Dauer in Deutschland nur möglich, wenn sich eine starke politische Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt“	5,0	4,3	3,7	3,7	3,5
„Demokratisierung kann nur verwirklicht werden, wenn der einzelne die Chance hat, sich nicht nur an den allgemeinen Wahlen zu beteiligen, sondern auch am Arbeitsplatz weitgehend mitzubestimmen“	1,5	2,8	2,6	3,2	3,9

Diese globale Affinität zu der Position der Gewerkschaftselite ist nicht bei jedem einzelnen Item wiederzufinden, sondern auf eine Reihe von Grundwerten beschränkt, dort allerdings sehr ausgeprägt. Daß die Regierung kontrolliert werden muß und daß Regierungswechsel funktionaler als stabile Politik sein kann, vertreten vor allem die Gewerkschaftsfunktionäre. Hier und in der Bewertung der Meinungsfreiheit — bei der die Medienelite Partei ist und einen noch dezidiierteren Standpunkt als die Gewerkschaftselite einnimmt — liegen die Befragten aus Presse und

Funk näher bei der Gewerkschaft, ebenso wie in der Frage der offenen Austragung von Konflikten. Mit der negativen Bewertung des Satzes, eine starke politische Führung habe Vorrang vor öffentlicher Kontrolle, und der positiven Beurteilung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz aber befindet sich die Medienelite ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden Extremgruppen. Mehr Skepsis gegenüber einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft, eine weniger starke Ablehnung der These, das Gemeinwohl sei durch Interessengruppen gefährdet — diese Komponenten eines eher autoritätbetonenden Gesellschaftsbildes teilt die Medienelite zudem mit den Wirtschaftsführern (Tabelle 7).

*Tabelle 7: Mittlere Differenzen in der Beurteilung politischer Grundwerte zwischen den untersuchten Eliten
(Niedrige Werte bedeuten geringe Unterschiede zwischen den Eliten)*

	Verwal- tung	Wirt- schaft	Gewerk- schaften	Massen- medien
Politiker	0,2	0,5	0,7	0,3
Verwaltung		0,4	0,8	0,5
Wirtschaft			1,2	0,8
Gewerkschaften				0,4

Die insgesamt größere Nähe der Medienelite zu den Gewerkschaften kann hier wohl kaum als ein Verstoß gegen das Gebot der umfassenden Interessenberücksichtigung — wie wir es in unserer Einleitung formuliert haben — verstanden werden. Bei den meisten der analysierten Grundwerte handelt es sich nicht um Formulierungen von Interessenstandpunkten, bei denen die Medienelite etwa den der Gewerkschaften als einen unter vielen möglichen vertritt. Vielmehr sind es Aussagen über „Systemnormen“, die das Funktionieren einer liberal-pluralistischen Gesellschaftsordnung bzw. einer parlamentarisch-repräsentativen Staatsform gewährleisten sollen.¹⁷ Sie werden von den Führungskräften in Rundfunk und Presse und von den Gewerkschaften

¹⁷ Bei der Beurteilung der Einstufungen der letzten beiden Antwortvorgaben in Tabelle 5 ist zu bedenken, daß hier keine Stellungnahme *gegen* eine starke und stabile Regierung gefordert war. Vielmehr sollten die Befragten äußern, ob sie der Kontrolle der Regierung bzw. den Chancen für einen Machtwechsel einerseits oder einer starken Regierung andererseits den Vorzug geben.

in stärkerem Maße bejaht als von der Wirtschaft. Dazu gehört auch das konsistente Eintreten der Medienelite für Kompromisse einerseits *und* für offene Austragung von Konflikten andererseits, während die Wirtschaftsführer die Kompromißbereitschaft, die Gewerkschaften die Notwendigkeit der Konfliktaustragung mehr betonen. In den beiden Fällen dagegen, die über die existierende Gesellschaftsordnung hinausweisen und in denen eine weitere Demokratisierung gefordert wird, nimmt die Medienelite einen mittleren Standpunkt ein, während die Gewerkschaft hier für eine Veränderung, die Wirtschaft für eine Bewahrung des gegenwärtigen Zustandes plädiert.

Sämtliche Beurteilungen, die wir bisher vorgestellt und interpretiert haben, sind Mittelwerte, die die Einzelurteile der Befragten jeweils für eine Gruppe zusammenfassen. Damit ist die Frage offengeblieben, wie diese Mittelwerte zustande kommen: Markieren sie die Mitte in einem breiten Spektrum von Auffassungen, oder sind sie ein Mittelpunkt, der von allen Befragten geteilt wird? Ein statistisches Maß — die sogenannte Standardabweichung — kann diese Frage für alle Gruppen vergleichbar beantworten. Sie ist ein Indikator für die Bandbreite der Einzelurteile: Je größer sie ist, um so uneinheitlicher sind die Meinungen in der entsprechenden Gruppe. Diese Maßzahl ist im Fall der Grundwertformulierungen für alle untersuchten Eliten gleich groß: Sie liegt durchschnittlich bei $\pm 1,5$. Das ist ein Wert, der auf einer Skala von insgesamt sechs möglichen Einstufungen durchaus „Meinungsvielfalt“ anzeigt. Auffällig dabei ist allerdings, daß diese Vielfalt in der Medienelite nicht deutlicher ist als etwa bei Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Medienelite verhält sich hier wie jede andere Führungsgruppe. Dennoch: Da die Führungskräfte aus Presse und Rundfunk einerseits gerade bei den vier Sachverhalten mit besonders divergierenden Auffassungen eine Mittelposition zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften einnehmen und andererseits die Urteile der Befragten relativ stark um den jeweiligen Gruppenmittelwert streuen, ist der Überschneidungsbereich zwischen den in der Medienelite auftretenden Vorstellungen und denen in Wirtschaft und Gewerkschaften recht groß. Dadurch nimmt die Medienelite so etwas wie eine vermittelnde Position zwischen den beiden Extremgruppen ein.

Im folgenden Abschnitt wollen wir zeigen, welche Haltung die Führungspersonen aus Rundfunk und Presse zu *konkreten politischen Zielen und Plänen* einnehmen. Insgesamt 19 Vorhaben aus allen Gebieten der Politik lagen den befragten Elitepersonen zur Beurteilung vor. Sie sollten wie zuvor auf einer Sechs-Punkte-Skala angeben, wie stark sie diesen Projekten zustimmten bzw. sie ablehnten. Es ging dabei einerseits um konkrete Pläne, wie die Einführung der Gesamtschule, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR oder die Wiedereinführung der Todesstrafe, andererseits aber auch um recht unklare Absichtserklärungen, wie „Liberalisierung des Strafrechts“ und „Vermögensumverteilung“.

Auch hier — wie bei den politischen Grundwerten — sind Wirtschaft und Gewerkschaften bis auf wenige Ausnahmen am weitesten voneinander entfernt, die Führungskräfte aus Funk und Fernsehen zwischen diesen beiden Extremen angesiedelt. Der deutlichste Konsens besteht bei den Befragten darüber, daß Europa ausgebaut, der Individualverkehr eingedämmt, die deutsche Landwirtschaft erhalten und Umweltschäden vom Verursacher bezahlt werden müssen. Alle vier homogen beurteilten Ziele haben ein wichtiges Merkmal gemeinsam: Sie betrafen die Befragten 1972 nur am Rande. Europäische Einigung z. B. ist damals wie heute ein derart utopischer und gleichzeitig nebelhafter Zustand, daß man ihn recht unbedenklich herbeiwünschen kann. Hinzu kommt, daß der europäische Gedanke in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schon seit langem besonders viel Zustimmung hervorruft. Die deutsche Landwirtschaft zu „erhalten“ ist sicher ebenfalls kein Streitpunkt — nach der *Finanzierung* landwirtschaftlicher Investitionen war ja nicht gefragt. Auch die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel und das Verursacherprinzip im Umweltschutz lösten zur Zeit der Befragung (wie auch heute noch) so allgemeine Vorstellungen aus, daß Zustimmung und Konsens nicht unerwartet kommen (Tabelle 8).

Die Antwortvorgaben, die von den Befragten *unterschiedlich* beurteilt wurden, behandeln konkrete politische Ziele: „Erweiterung der Mitbestimmung“ betrifft zwei der fünf Teileliten unmittelbar, nämlich Wirtschaft und Gewerkschaften. Das gleiche gilt auch für „Vermögensumverteilung“ und für „Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden“. Hier fördert nicht nur die direkte Betroffenheit zweier Führungsgruppen kontroverse Standpunkte, sondern auch

Tabelle 8: Politische Ziele mit ähnlicher Beurteilung
(Geordnet nach der größten Distanz zweier Teileiten)

Frage: „Wir haben hier eine Reihe von möglichen Zielen der deutschen Innen- und Außenpolitik zusammengestellt, die zur Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Sagen Sie mir bitte wiederum mit Hilfe dieser Skala zu jedem dieser Ziele, inwieweit Sie ihm zustimmen oder es ablehnen.“
(Skala: 1 = völlige Zustimmung, 6 = völlige Ablehnung)

Politische Ziele	Gewerk- schaften	Massen- medien	Politiker	Verwal- tung	Wirt- schaft
„Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten der Einheit Westeuropas“	1,8	2,1	2,1	2,1	2,0
„Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes auf Kosten des Individualverkehrs“	2,0	2,3	2,2	2,1	2,4
„Erhaltung der deutschen Landwirtschaft“	3,2	3,1	2,6	2,6	2,6
„Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen nach dem Verursachungsprinzip“	1,4	1,9	1,8	1,7	2,3
„Stärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses“	3,1	2,7	2,3	2,3	2,1
„Mehr Mittel für die Entwicklungspolitik“	2,3	3,1	2,7	3,0	3,3
„Übernahme einer Vermittlerrolle der Bundesrepublik zwischen Ost und West“	2,7	3,4	3,4	3,4	3,8
„Erhaltung der Sozialen Marktwirtschaft“	2,5	1,8	1,7	1,6	1,2
„Völkerrechtliche Anerkennung der DDR“	3,1	3,5	4,5	4,0	4,0
„Die größte Gefahr für die westlichen Demokratien ist nach wie vor der aggressive Weltkommunismus, dem nur mit Härte begegnet werden kann“	3,9	3,7	3,3	3,0	2,5

die Tatsache, daß 1972 schon in allen drei Bereichen durchaus konkrete Pläne existierten, deren Realisierung zum Teil unmittelbar bevorstand oder zumindest bevorzustehen schien (Tabelle 9).¹⁸

¹⁸ Es handelte sich dabei um Gesetze bzw. Gesetzesvorlagen zur Mitbestimmung, Vermögensbildung und das „Städtebauförderungsgesetz“.

Tabelle 9: Politische Ziele mit divergierender Beurteilung
(Geordnet nach der größten Distanz zweier Teileliten)
Frageformulierung: s. Tabelle 8
(Skala: 1 = völlige Zustimmung, 6 = völlige Ablehnung)

Politische Ziele	Gewerk- schaften	Massen- medien	Politiker	Verwal- tung	Wirt- schaft
„Sicherung des selbständigen Mittelstandes“	3,2	2,6	2,2	2,3	1,7
„Erziehung der Jugend zur Einfügung in die bestehende Ordnung“	3,8	3,3	3,1	2,7	2,3
„Einführung der Gesamtschule“	1,8	2,6	2,8	3,1	3,3
„Erweiterung der Sozialversicherung“	1,9	2,7	2,3	2,7	3,6
„Vieles spricht dafür, für bestimmte Verbrechen die Todesstrafe auch in der Bundesrepublik einzuführen“	5,7	5,5	5,2	4,8	4,0
„Liberalisierung des Strafrechts“	2,0	2,8	3,2	3,5	3,9
„Vermögensumverteilung“	1,7	2,7	2,7	3,1	4,0
„Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden“	1,8	2,8	3,0	3,0	4,2
„Erweiterung der Mitbestimmung“	1,5	2,8	2,9	3,2	4,6

Wenn die Abstände zwischen Medienelite einerseits und Wirtschaft und Gewerkschaften andererseits gleich oder wenigstens annähernd gleich sind, dann können wir von einer wirklichen Mittelposition sprechen. Als gleich sollen alle Abstände gelten, die sich um nicht mehr als 0,3 Skaleneinheiten voneinander unterscheiden. Differenziert man dabei zwischen Presseelite und Funkelite, so liegt die Presseelite bei insgesamt 15 Zielen mit ihrem Urteil in der Mitte zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften, die Führungskräfte aus dem Funk aber nur bei sieben Vorhaben. Zu den 15 Zielen, die von den Führungskräften aus Zeitungen und Zeitschriften so moderat beurteilt werden, gehören gerade die *brisanteren, konflikträchtigen politischen Projekte*: Einführung der Gesamtschule, Liberalisierung des Strafrechts, Vermögensumverteilung, DDR-Anerkennung, Mitbestimmung. Nur bei der Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden, der Beurteilung der Todesstrafe und der Gefahr des „aggressiven Weltkommunismus“ neigt diese Führungsgruppe mehr der Gewerkschaftsauffassung zu. Anders die Führungselite aus den Rundfunkanstalten: Gerade bei kontroversen Themen, wie der Erweiterung der Mitbestimmung, der Ein-

schränkung privater Verfügungsgewalt über Grund und Boden, der Vermögensumverteilung — also zentralen Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik —, vertritt sie eher die Positionen der Gewerkschaft als der Wirtschaft. Das gleiche gilt für die Liberalisierung des Strafrechtes und die Todesstrafe.

In beiden Gruppen — bei der Führungselite der Presse und in geringerem Maße bei der Führungselite der Rundfunkanstalten — stehen allerdings diesen Affinitäten zu den Gewerkschaften durchaus auch Affinitäten zur Wirtschaft gegenüber. Dabei handelt es sich jedoch überwiegend um weniger kontroverse Sachverhalte. Die größere Nähe der Verantwortlichen aus Hörfunk und Fernsehen zum Gewerkschaftsstandpunkt zeigen auch die mittleren Abstände zwischen den Urteilen von Presse und Funk einerseits und Wirtschaft und Gewerkschaften andererseits (Tabelle 10).

Tabelle 10: Mittlere Differenzen in der Beurteilung politischer Ziele zwischen Presse, Rundfunk, Wirtschaft und Gewerkschaften
(Niedrige Werte bedeuten geringe Unterschiede zwischen den Eliten)

	Wirtschaft	Gewerkschaften
Presse	0,7	0,6
Rundfunk	0,9	0,5

Wir können vermuten, daß die größere Zahl der SPD-Anhänger in Hörfunk und Fernsehen zu dieser gewerkschaftsnahen und eher wirtschaftsfernen Position der Funkelite beiträgt. Dann wäre aber aufgrund der Parteipräferenzen eigentlich eine noch stärkere Affinität dieser Führungsgruppe zu den Gewerkschaften zu erwarten. Es gibt jedoch kein politisches Ziel, in dessen Beurteilung sich die Funkelite um mehr als 0,4 Skaleneinheiten von den Führungskräften aus Zeitungen und Zeitschriften unterscheidet — eine immer noch recht deutliche Übereinstimmung der beiden Gruppen. Der Grund dafür liegt in einer deutlich gemäßigeren Einstellung der Befragten aus Hörfunk und Fernsehen: Bei ihnen ist der Abstand zwischen SPD- und CDU-Anhängern geringer als bei den anderen Eliten. Wir haben, um dieses Phänomen zu zeigen, die Einstufungen von sechs politischen Zielen verwendet, die zwei Bedingungen erfüllen: Sie sind zum einen so formuliert, daß Zustim-

mung in ihrem Fall immer Zustimmung zu einer „progressiven“, eher der SPD zuzurechnenden Politik bedeutet. Das hat zur Folge, daß die Größe des Durchschnitts aus diesen sechs Einzelurteilen zu einem zwischen den Teileliten vergleichbaren Maßstab wird. Zum zweiten gehören die ausgewählten Ziele zu denen, die bei allen Befragten in der Ausgangsstichprobe — nach Parteipräferenzen aufgeteilt — die größten Kontroversen verursachten: Mittelwertunterschiede zwischen SPD- und CDU/CSU-Sympathisanten insgesamt betragen mindestens 1,5 Skaleneinheiten. Beide Bedingungen werden von folgenden Zielen erfüllt: „Strafrechtsliberalisierung“, „Mitbestimmung“, „Bodenreform“, „Einführung der Gesamtschule“, „Vermögensumverteilung“ und „Anerkennung der DDR“.

Während sich die SPD- und CDU-Anhänger in der Presse bei der Beurteilung dieser sechs Vorhaben etwa so verhalten wie die wieder zum Vergleich herangezogenen Politiker, finden wir im Funk einen erstaunlichen „Drang zur Mitte“ — sachliche Unterschiede zwischen den beiden Präferentengruppen vermindern sich. Wenn auch dieser Einebnungseffekt im Funk beträchtlich ist (der Abstand zwischen CDU- und SPD-Sympathisanten sinkt von 1,7 in der Presse auf 1,1), so bleibt doch eine relativ große Differenz übrig: Die Parteipräferenz strukturiert Einstellungen zu konkreten politischen Problemen (Tabelle 11).

Tabelle 11: Durchschnittliche Zustimmung zu sechs „progressiv“ formulierten, kontroversen Zielen — Politiker und Medienelite, aufgeschlüsselt nach Parteipräferenz
(Niedrige Werte bedeuten hohe Zustimmung)

Parteipräferenz	Politiker	Rundfunk	Presse
SPD	2,1	2,3	2,1
CDU	3,9	3,4	3,8

Die deutlich größere Homogenität der Führungskräfte aus Hörfunk und Fernsehen drückt sich auch in der durchschnittlichen Standardabweichung für alle 19 Ziele aus. Dieser Maßstab für die Vielfalt der Einstufungen liegt im Funk bei $\pm 1,2$, in der Presse jedoch bei $\pm 1,4$. Die Führungselite der Presse zeigt demnach eine breitere Meinungsstreuung. Die Medienelite insgesamt aber bewegt sich mit diesen beiden Standardabweichungen wieder genau in dem Rahmen, den auch die anderen untersuchten Teileliten mit ihrer Meinungsvielfalt ausfüllen — bei Politikern, Verwaltung und Wirtschaft $\pm 1,3$, in der Gewerkschafts-

elite \pm 1,2. Anders formuliert: Die Mittelposition der Medienelite zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften kommt nicht dadurch zustande, daß sich engagierte Anhänger des Wirtschaftsstandpunktes bzw. der Auffassung der Gewerkschaften die Waage halten und damit einseitige Interessenrepräsentation verhindern. Vielmehr verfügt die Führungsgruppe aus den Massenmedien ähnlich wie jede andere der untersuchten Teileliten über einen eigenen Standpunkt innerhalb eines recht engmaschigen Elitenkonsenses.

VI.

Im folgenden Abschnitt wollen wir darstellen, wie die befragten Eliten den politischen Einfluß von sozialen Gruppen und Institutionen sehen und wie sie ihn beurteilen. Um das herauszufinden, wurden die Befragten zunächst gebeten, den tatsächlichen Einfluß von insgesamt 28 potentiellen Einflußgruppen, -personen und -institutionen mit Hilfe einer Skala einzuschätzen.¹⁹ Für unsere Analyse fassen wir diese Liste zum Zweck größerer Übersichtlichkeit teils zusammen, teils lassen wir eine Reihe von Institutionen weg, deren Einschätzung sich als wenig aufschlußreich herausstellte. So bilden jetzt „Arbeitgeber- und Industrieverbände“, „Großunternehmen“ und „Banken“ die Gruppe „Wirtschaft“.

Der Einfluß sozialer Gruppen und Institutionen wird auffallend ähnlich eingeschätzt. Anders formuliert: Die Perzeption der westdeutschen Machtstruktur ist so gut wie unabhängig vom Funktionsbereich, in dem die Befragten jeweils tätig sind. Das gilt auch für Funk und Presse. Diese starke Einhelligkeit finden wir nicht nur *zwischen*, sondern auch *innerhalb* der untersuchten Gruppen: Die durchschnittliche Standardabweichung für die 13 von uns betrachteten Einflußträger ist in allen Teileliten gleich niedrig: \pm 1,0. Das ist ein weiteres Indiz für die gleichartige Wahrnehmung von Einfluß. Innerhalb dieses Konsenses gilt die Regel: Die Befragten eines Funktionsbereiches ordnen sich selbst immer

¹⁹ Diese 28 potentiellen Einflußgruppen hießen: „Bundespräsident“, „Bundestag“, „Bundesregierung“, „Bundesrat“, „Bundesverfassungsgericht“, „Bundesbank“, „Bundeswehr“, „Regierungen der Länder“, „Verwaltung, Ministerialbürokratie“, „Parteien (allgemein)“, „SPD“, „CDU“, „CSU“, „F.D.P.“, „Wähler“, „Fernsehen“, „Rundfunk“, „Presse“, „Arbeitgeber- und Industrieverbände“, „Bauernverband“, „Gewerkschaften“, „Großunternehmen“, „Banken“, „Katholische Kirche“, „Evangelische Kirche“, „Wissenschaftler“, „Studenten“, „Jugend (allgemein)“.

weniger Einfluß zu, als ihnen die anderen Eliten zusprechen. So schätzen z. B. die Politiker in unserer Stichprobe die Macht der Bundesregierung, der Parteien allgemein, von SPD, CDU, CSU und F.D.P. fast durchweg geringer ein als der Rest der Befragten. Das gleiche gilt auch für Gewerkschaften und Wirtschaft, die dem jeweils anderen mehr Einfluß zutrauen als sich selbst. Besonders deutlich aber wird diese Tendenz, wenn die befragten Führungskräfte die Macht der Medien beurteilen sollen. Der Einfluß von Fernsehen, Hörfunk und Presse gilt bei Gewerkschaft, Wirtschaft, Politikern und Verwaltung eindeutig als stärker als bei den Betroffenen. In diesem Punkt tritt auch der einzige nennenswerte Unterschied zwischen Funk und Presse auf. Die Führungskräfte aus Hörfunk und Fernsehen weisen dem Fernsehen nicht so viel Einfluß zu wie ihre Konkurrenz — die Presse (Tabelle 12).

Tabelle 12: Einschätzung des Einflusses von gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Gruppen
(Geordnet nach der Höhe der Einflußeinschätzungen der Funkelite)

Frage: „Wir haben hier eine ganze Reihe möglicher Akteure unseres politischen Systems aufgeschrieben, wie schätzen Sie jeweils deren *aktuellen Einfluß auf die Politik in der Bundesrepublik ein?*“
(Skala: 1 = viel Einfluß, 6 = kein Einfluß)

Potentielle Einflußträger	Gewerk- schaften	Massenmedien Funk	Presse	Politi- tiker	Verwal- tung	Wirt- schaft
Bundesregierung	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4
Parteien allgemein	2,2	1,9	1,9	2,1	1,9	1,9
SPD	2,3	1,9	1,8	2,0	1,8	1,7
CDU	2,5	2,2	2,2	2,6	2,5	2,5
CSU	2,8	2,4	2,4	2,7	2,7	2,6
Gewerkschaften	2,8	2,7	2,8	2,7	2,5	2,1
Wirtschaft	2,8	2,8	3,0	3,2	3,3	3,6
Verwaltung, Ministerial- bürokratie	2,6	2,9	2,6	2,5	2,8	2,5
F.D.P.	3,1	3,0	3,0	3,1	2,9	3,1
Wähler	3,4	3,3	3,4	3,2	3,6	3,5
Fernsehen	2,7	3,3	2,9	2,4	2,4	2,1
Presse	2,7	3,4	3,4	2,5	2,5	2,3
Hörfunk	3,4	3,8	3,7	3,2	3,3	3,1

Diese Ergebnisse sollen der Hintergrund für die Beantwortung einer

zweiten, wichtigeren Frage sein: Hält die Medienelite die Einflußstruktur für richtig, oder würde sie sie gern geändert sehen? Diese Frage ist deshalb bedeutsam, weil die Verantwortlichen aus Funk und Presse wie kaum eine andere Teilelite beanspruchen und aufgefordert sind, jeder gesellschaftlichen Gruppe und Institution gerecht zu werden, keine zu diskriminieren. Über die Angemessenheit des vermuteten Einflusses informieren die Antworten auf die Frage, welche von den 13 potentiellen Einflußträgern *weniger* Macht haben sollten. In diesen Antworten finden wir weit weniger Konsens unter den Führungskräften als zuvor.

Alle befragten Eliten verhalten sich gruppenegoistisch: An ihrer eigenen Macht, die sie sowieso nicht hoch einschätzen, wollen sie nichts beschneiden, wohl aber am Einfluß der jeweils anderen. Außerhalb dieser gruppenspezifischen Eigenheiten steht die Legitimation der Bundesregierung und des Wählers bei allen Teileliten hoch im Kurs. Ebenfalls noch relativ wenig umstritten: der zuvor als hoch bezeichnete Einfluß der Parteien allgemein und die eher als gering veranschlagte Macht von Presse und Hörfunk. Überhaupt nicht einverstanden allerdings sind die Eliten in der Bundesrepublik — selbstverständlich mit Ausnahme der jeweils Betroffenen (s. o.) — mit der vermuteten großen Machtfülle von Verwaltung, Fernsehen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Das Fernsehen findet dabei seinen stärksten Gegner in der Wirtschaft (drei Viertel der Befragten dort wollen seinen Einfluß stutzen), während ihm die Gewerkschaften noch die vergleichsweise stärkste Legitimität zuerkennen. Der Wunsch, Einflüsse des anderen zu verringern, beruht in diesem Fall bei Funkelite und Wirtschaft ähnlich wie bei Gewerkschaften und Wirtschaft auf Gegenseitigkeit.

Insgesamt stimmt die Presseelite stärker als die Führungskräfte aus dem Rundfunk mit den anderen untersuchten Teileliten überein, wenn es um die Beschneidung von Einfluß geht (die für jeden Funktionsbereich spezifischen Abneigungen gegenüber den jeweiligen Kontrahenten natürlich ausgenommen): Für besonders kritikwürdig hält sie die Macht der Verwaltung, der CSU, des Fernsehens, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Die Führungskräfte aus dem Rundfunk setzen ihre Prioritäten etwas anders: An erster Stelle stehen für sie ebenfalls Verwaltung und CSU, aber auch die Wirtschaft. Relativ weit abgeschlagen in ihrer Kontrollbedürftigkeit folgen die Gewerkschaften (Tabelle 13).

In den Forderungen der Medienelite nach der Machtbeschneidung gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen spiegeln sich wieder — wie in den vorausgegangenen Fällen — die Parteipräferenzen der Befragten.

*Tabelle 13: Beschränkung des Einflusses von Institutionen und Gruppen
(Geordnet nach den Antworten der Funkelite)*

Frage: „Und welche dieser Akteure sollten Ihrer Meinung nach *mehr*, welche *weniger* Einfluß haben?“ (Antwortvorgaben: „Mehr Einfluß“, „Einfluß wie bisher“, „Weniger Einfluß“)

Potentielle Einflußträger	„Weniger Einfluß“					
	Gewerk- schaften %	Massenmedien Funk %	Presse %	Politi- tiker %	Verwal- tung %	Wirt- schaft %
Verwaltung, Ministerial- bürokratie	83	71	65	74	19	50
Wirtschaft	77	63	45	56	52	17
CSU	70	62	48	43	41	32
Gewerkschaften	5	31	36	44	43	67
F.D.P.	31	30	23	42	37	38
CDU	52	25	15	31	20	12
SPD	3	21	19	37	29	50
Parteien allgemein	2	20	12	2	17	18
Fernsehen	37	19	47	57	62	75
Presse	27	11	5	28	34	28
Hörfunk	18	6	18	29	29	41
Wähler	7	3	2	2	2	5
Bundesregierung	7	1	8	8	2	7

Befragte aus der Presse, die der SPD nahestehen, unterscheiden sich in ihren Forderungen nach der Beschneidung von politischem Einfluß der Gruppen und Institutionen in zwölf von dreizehn Fällen signifikant von ihren Kollegen, die der CDU nahestehen. Die entsprechenden Befragten aus dem Rundfunk unterscheiden sich in neun von dreizehn Fällen. Die Parteipräferenz strukturiert damit auch hier die politischen Urteile, wobei der Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Urteil bei den leitenden Redakteuren der Presse wieder größer ist als bei den Führungskräften aus dem Rundfunk.

VII.

Die Medienelite ist eine Führungsgruppe wie alle anderen in unserer Gesellschaft. Insgesamt beurteilt sie demokratische Grundwerte, politische Ziele und die Machtverteilung in der Bundesrepublik kaum anders als etwa die Eliten aus Politik und Verwaltung. Sie ist in den Konsens der Eliten sogar eher fester eingebettet als beispielsweise die Wirtschaftsführer und die hohen Gewerkschaftsfunktionäre.

In einigen Überzeugungen und Einstellungen ergreifen die Führungskräfte aus Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen eindeutig Partei: Sie äußern relativ mehr Zustimmung als andere Eliten zu Postulaten und Vorhaben, die ein liberal-pluralistisches System beschreiben. Diesem Bekenntnis der Medienelite zu Meinungsfreiheit und -vielfalt entspricht in der Realität ihrer *eigenen* politischen Vorstellungen allerdings keineswegs ein breiteres Meinungsspektrum, als wir es in anderen Führungsgruppen gefunden haben. Die erstaunliche berufliche Immobilität der Führungspersonen aus Rundfunk und Presse ist für die Ähnlichkeit der Auffassungen wohl kaum verantwortlich zu machen: Mobilere Eliten — wie etwa Politiker oder Verwaltung — umfassen keineswegs vielfältigere Meinungen als die Medienelite.

Innerhalb des Rahmens, in dem sich die Auffassungen der Führungskräfte bewegen, führen Unterschiede in der Parteipräferenz zu eindeutig voneinander abgehobenen politischen Einstellungen — mit einer wichtigen Einschränkung: Vor allem bei der Beurteilung politischer Ziele ist die Differenzierungskraft der Parteisympathie im Rundfunk — trotz deutlich anderer Verteilung der Parteipräferenz — merklich geringer als in der Presse. Gründe dafür lassen sich nur vermuten: Der Einfluß der Parteien auf die Besetzung leitender Positionen in den Rundfunkanstalten könnte zu einer Bevorzugung gemäßiger Parteianhänger führen, da sie in einem gegenseitigen Agreement leichter zu akzeptieren und damit leichter einzustellen sind. Die Verpflichtung der Rundfunkanstalten zur Ausgewogenheit, verbunden mit dem wachen Interesse der Öffentlichkeit und hier wiederum speziell der Parteien, könnte entschiedenere Standpunkte im Laufe der Zeit abschleifen, die Zusammenarbeit in politisch heterogenen Redaktionen Meinungen aneinander angleichen: Während in der Presse oft eine eindeutige redaktionelle Linie zu verstärkter politischer Homogenität der Mitarbeiter führt und dadurch die Notwendigkeit von Auseinandersetzungen verringert,²⁰

²⁰ Vgl. K. Schönbach: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums. Freiburg / München 1977, S. 148 ff.

sind die Führungskräfte im Rundfunk auch am Arbeitsplatz zu ständiger Beschäftigung mit entgegengesetzten Auffassungen gezwungen. Insgesamt stellt sich uns die Medienelite dar als eine Führungsgruppe unter den Eliten der Bundesrepublik, die den Postulaten eines pluralistischen Systems zwar stärker zustimmt, in ihrem eigenen Spektrum politischer Einstellungen aber keineswegs vielfältiger ist als andere Eliten.